

OECD bemängelt zu niedrige Entwicklungshilfe

Deutschland erreicht wie zahlreiche andere westliche Industriestaaten die 2005 selbst gesteckten Ziele nicht

Tanja Kuchenbecker, Andreas Rinke Paris, Berlin Die westlichen Industrielande halten ihre Selbstverpflichtungen bei der Entwicklungshilfe nicht ein. Das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Mittwoch in Paris kritisiert. Im Jahr 2010 werden die OECD-Staaten rund 21 Mrd. US-Dollar weniger an ärmere Staaten zahlen als sie noch 2005 versprochen hatten - auch Deutschland gehört dazu.

Die OECD-Studie trifft einen empfindlichen Nerv. Seit langem wird international über Sinn, Höhe und Inhalte des Finanztransfers von Nord nach Süd diskutiert. Verschärft wurde die Debatte durch die internationale Wirtschaftskrise, die die Finanznot sowohl in den Empfänger- als auch Geberländern verschärft hat. Umstritten ist zudem, welche Hilfen bei der sogenannten ODA-Quote, die den Anteil der Entwicklungshilfe am Brutto-sozialprodukt ausweist, überhaupt angerechnet werden. So dürfen Regierungen offenbar zwar ihre Zahlungen für den beschlossenen Resozialisierungsfonds für afghanische Taliban-Kämpfer einrechnen, andere Hilfen dagegen nicht.

"Ich ermutige alle Geberländer, ihren Entwicklungshilfe-Versprechungen nachzukommen", sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría am Mittwoch. Dies sei besonders wichtig, weil eine neue Phase von Diskussionen über die Finanzierung von Initiativen zu Klimaschutz oder Ernährungssicherheit bevor-

stehe. Die Bundesregierung betonte, dass sie zu ihrem Ziel stehe, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. "Wir werden die Mittel weiter steigern, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen", beteuerte Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP).

Auch wenn die selbst gesetzten Ziele der Industriestaaten in diesem Jahr nicht erreicht werden, steigt die internationale staatliche Hilfe für Entwicklungsländer im Jahr 2010 aber auf eine Rekordhöhe. Seit 2004 ist sie um insgesamt 35 Prozent gestiegen. Im Jahr 2005 hatten sich 15 Länder, die alle zur EU und zum Entwicklungsausschuss der OECD gehören, darauf geeinigt, im Jahr 2010 mindestens eine ODA-Quote von 0,51 Prozent zu erreichen.

Einige Länder erreichen ihre damals selbst gesteckten Ziele dabei nicht, darunter Frankreich (0,46 Prozent), Deutschland (0,40 Prozent), Österreich (0,37 Prozent), Portugal (0,34 Prozent), Griechenland (0,21 Prozent) und Italien (0,20 Prozent). Andere Staaten liegen dagegen über dem Wert, allen voran Schweden mit 1,03 Prozent, aber auch Luxemburg, Dänemark oder Großbritannien.

In Deutschland löste die OECD-Kritik sofort eine heftige politische Debatte aus. Die Grünen warfen der schwarz-gelben Regierung vor, ihre Versprechen zu brechen. "Ausgerechnet in Zeiten der Wirtschaftskrise und trotz über einer

Milliarde Hungernder weltweit ist Deutschland nicht bereit, seine internationalen Zusagen einzuhalten", kritisierte die entwicklungspolitische Sprecherin Ute Koczy. "Seit meinem Amtsantritt im November war doch klar, dass wir bei einer Ausgangslage von zuletzt 0,38 Prozent im Jahr 2008 die ODA-Quote von 0,51 Prozent für 2010 nicht erreichen können", konterte Niebel. Die Entwicklungsexperten von SPD und FDP, Sascha Raabe und Harald Leibrecht, forderten eine weitere Aufstockung der Zahlungen. "Ich wünsche mir aber eine stärkere Debatte über das, was Entwicklungszusammenarbeit leisten kann", sagte Leibrecht. Raabe betonte, dass sich "Quantität und Qualität" nicht ausschließen.

Seit Jahren ringen die Staaten darum, was in der nationalen ODA-Quote angegeben werden darf. So sind verstärkt ökologische Maßnahmen anerkannt worden. Auch die schwarz-gelbe Regierung lehnt aber den Wunsch der USA ab, Leistungen der Militärs einrechnen zu dürfen. Dies würde die anerkannte US-Entwicklungshilfe in die Höhe schnellen lassen. Akzeptiert werden dagegen die Zahlungen für das Resozialisierungsprogramm für Taliban-Kämpfer in Afghanistan. "Zumindest die Übernahme von Grundeinkommen für ehemalige Kämpfer sehe ich aber kritisch", sagte der SPD-Abgeordnete Raabe.

Meinung Seite 8